



Frankreichs Pisani (l)*
Europas Stier...

Jahre 1962 etwa 1336 Millionen Mark aus. Die Generaldirektion Landwirtschaft der EWG-Kommission hat errechnet, daß Frankreich als größter Agrarexporteur der Sechse etwa 80 Prozent dieser Summe einstreichen wird, zu der es nur mit rund 25 Prozent Zuschüsse beigetragen hat. Die Bundesrepublik wird für ihre Bauern etwa vier Prozent kassieren, Italien nur zwei Prozent, obwohl Bonn und Rom den Fonds zu jeweils 29,5 Prozent gespeist haben.

Mehr noch als den direkten Einfluß der Brüsseler Kommission auf diese Gelder hält Staatspräsident de Gaulle die Straßburger Kontrolle über den Fonds für unannehmbar. Daß ein Parlament — noch dazu das auf fortlaufende politische Integration ausgerichtete in Straßburg — in Geldsachen der Gemeinschaft ein supranationales Mitspracherecht erhalten soll, ist ihm ein Grauel.

Bisher sind der Versammlung im Römischen Vertrag nur spärliche Rechte zugesichert. Die 142 Europa-Abgeordneten dürfen die Organe der Gemeinschaft im wesentlichen nur beraten und sich von Präsident Hallstein jährlich Bericht erstatten lassen.

In einem Kommentar des Botschaftsrats Josef Mühlhoyer im „Handbuch für Europäische Wirtschaft“ heißt es: „Wesentliche Funktionen einer echten Volksvertretung, nämlich das Recht der Gesetzgebung, das Budgetrecht und das Recht der politischen Willensbildung bleiben dem Organ — jedenfalls vorerst — versagt.“

Würde der Vorschlag der Hallstein-Kommission akzeptiert, so bekämen die Parlamentarier in Straßburg, die gleichermaßen für EWG, Montan-Union und Euratom zuständig sind, erstmalig ein wirksames Machtinstrument in die Hände. Um das zu verhindern, schaltete Paris den Apparat der EWG vorerst wieder auf Leerlauf.

Außenminister Couve de Murvilles Ansprache ließ die Unterhändler in Brüssel schnell erkennen, daß sie ein völlig veraltetes Konzept mitgebracht

* Mit dem italienischen Landwirtschaftsminister Ferrari-Aggradi.

** Mit dem niederländischen Außenminister Luns.

hatten. Ebenso wie die Kommission waren sie gewillt gewesen, Frankreichs oft bekundetes Interesse an einer schnellen Verwirklichung des Agrarmarktes für eine Beschleunigungsaktion auf dem gewerblichen Sektor auszunutzen: Zweieinhalb Jahre früher als vorgesehen, schon am 1. Juli 1967, sollte die volle Zollunion in Kraft treten, das heißt, innerhalb der sechs Volkswirtschaften auch jeglicher Binnenzoll für Industriegüter wegfallen.

Staatssekretär Grund vom Bundesfinanzministerium hatte darüber hinaus angemeldet, am 1. Juli 1967 müßten auch die Umsatzsteuern der Länder angeglichen sowie eine gemeinsame Handelspolitik gegenüber den Ostblock- und Entwicklungsländern garantiert sein.

Couves neue Taktik machte den Versuch, nach den für Frankreich günstigen Agrarregelungen auch den im deutschen Interesse liegenden Zollabbau für gewerbliche Waren voranzutreiben, vorerst zunichte. Der Außenminister tat erstaunt: „Von allen diesen schönen Dingen steht nichts im Vertrag. Dort gilt nach wie vor als Termin für den Abschluß der Übergangszeit der 1. Januar 1970.“

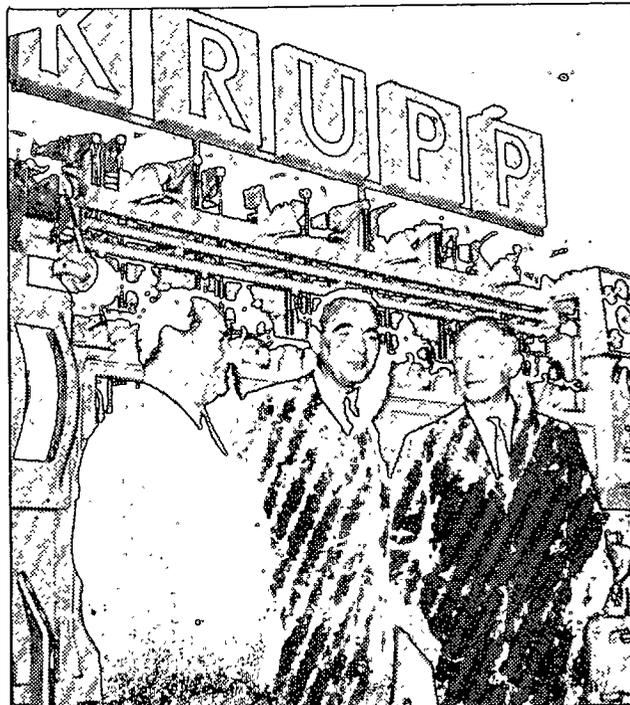
Verdattert reisten seine Zuhörer in ihre Heimatländer zurück; die nächste Besprechungsrunde ist auf den 28. Juni angesetzt. Bis dahin knobeln in fünf Hauptstädten der Gemeinschaft die Experten abermals, wie an de Gaulle, Europen Checkpoint Charly, vorbeizukommen ist.

POLEN

POSENER MESSE

Gemeinsamer Ton

Mit Tonbändern bester Qualität will Krupps Generalbevollmächtigter Berthold Beitz — seit Jahren Hobby-Botschafter im Osten — die Bande gutnachbarlicher Beziehungen zur Volksrepublik Polen enger knüpfen.



Grundig, Beitz, Nordhoff in Posen: Geschäfte mit Warschau



Frankreichs Couve de Murville (r)**
auf die Hörner genommen

Als der Jet des Krupp-Konzerns, eine schneeweiße Düsenmaschine vom Typ De Havilland HS 125, kürzlich auf dem Posener Flugfeld landete, brachte Beitz zwei westdeutsche Industrie-Prominente mit: den Radio- und Fernsehgeräte-Fabrikanten Max Grundig und VW-General Heinz Nordhoff.

Die drei Wirtschaftskapitäne waren von Polens Ministerpräsidenten Józef Cyrankiewicz zur 34. Internationalen Posener Messe eingeladen worden. Ein schwarzer Mercedes 220 S brachte sie standesgemäß zum Grandhotel Orbis-Merkury, wo der stellvertretende Außenhandelsminister Franciszek Modrzewski die Troika aus der Bundesrepublik bereits erwartete.

Schon vor mehreren Wochen hatten die Jagdfreunde Beitz und Grundig eine Arbeitsgemeinschaft „zur Planung und Durchführung von Kooperationsvorhaben in Polen“ gegründet. Zwei Tage nach ihrer Ankunft unterschrieben die industriellen Pirschgänger im Orbis-Merkury einen Lizenzvertrag, der den polnischen Planwirtschaftlern gestattet, Grundig-Tonbandgeräte samt Zubehör nachzubauen.

Von seinem neuesten Gerät, das in wenigen Monaten auf der Deutschen Funkausstellung in Stuttgart vorgestellt werden soll, verspricht sich der Fürther Elektroniker den Endsieg des Tonbandes über die alte Rillenscheibe.

VW-Chef Heinz Nordhoff — zum erstenmal in einem Ostblockland — stellte sich und 21 VW-Fahrzeuge vor der neuen Messehalle 21 zur Schau. Er benutzte aber auch die Gelegenheit, Wunschpläne zu ventilie-

ren. Er benutzte aber auch die Gelegenheit, Wunschpläne zu ventilie-

ren. Obwohl sich erst 3000 polnische Volksdemokraten einen — meist älteren — Volkswagen anschaffen konnten, bemühte sich Nordhoff, seinen weltberühmten Service auch auf Polen auszudehnen. Er will VW-Werkzeugtaschen aus Kunststoff von einem polnischen Unternehmen fertigen lassen und die Ware mit VW-Ersatzteilen bezahlen.

Die Ersatzteil-Lager könnten zu Service-Stationen ausgebaut werden, so überlegte Nordhoff. Wenn der VW-Export nach Polen in Gang käme, könnten sie auch als Verkaufsstützpunkte dienen. Mit dem Rezept „Service vor Verkauf“ hat das Wolfsburger Werk in den USA große Erfolge erzielt.

Der Initiator der Reise, Berthold Beitz, feilte während der Posener Messe an seinem speziellen Polen-Plan, über den Krupp-Beauftragte schon seit Ende Januar mit Warschauer Industriefunktionären verhandeln: Kommunistische Technokraten und Krupp-Ingenieure wollen gemeinsam einen Großbetrieb errichten, der von dem technischen Erfahrungswissen des Essener Konzerns profitieren soll.

Über den Standort der Fabrik und das Produktionsprogramm sind sich die Kooperationspartner noch nicht einig. Beitz möchte vermeiden, daß die Industrieanlage westlich der Oder-Neiße-Linie auf ehemaligem deutschen Gebiet gebaut wird.

Krupps General-Bevollmächtigter Berthold Beitz erklärte, daß die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft sich nicht nur auf die Volksrepublik Polen beschränken, sondern möglichst bald auch auf andere Länder des Ostblocks ausgedehnt werden soll.

Mit freundlichen Gesten verabschiedete sich Ministerpräsident Cyrankiewicz in Posen von den westdeutschen Kapitalisten. Der Publicity-Woge, die nach jeder Ost-Aktion seines alten Freundes Berthold Beitz hochschäumt, stemmte er sich vorsorglich entgegen: „Zusammenarbeiten wollen wir, aber man kann Polen nicht kaufen.“

Schlagfertig antwortete Beitz: „Das wäre auch zu teuer.“

FRANKREICH

WAHLKAMPF

Pest und Cholera

Vor den Badegästen an Frankreichs Küsten — in Deauville und La Baule, in Arcachon und Saint-Tropez — gastiert derzeit ein Wanderzirkus besonderer Art: Im eigenen Zelt hält der renommierte Strafverteidiger und brillante Redner Jean-Louis Tixier-Vignancour Plädoyers gegen den General de Gaulle.

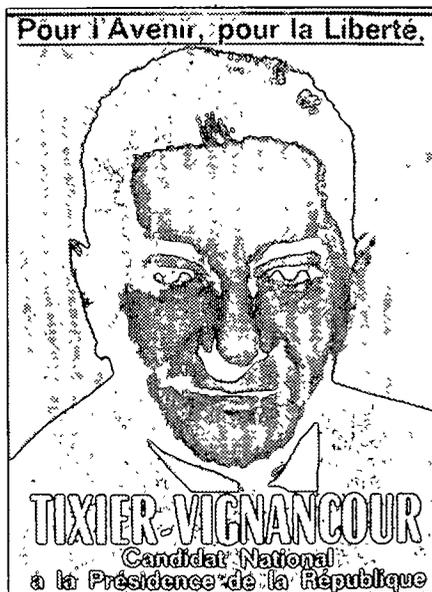
Der reisende Rechtsanwalt, den niemand gerufen und niemand nominiert hat, präsentiert sich den Rechtsextremisten Frankreichs und allen jenen Nationalisten, denen Charles de Gaulle nicht nationalistisch genug ist, als Kandidat für die Präsidentschaftswahl im Dezember (siehe Interview Seite 79).

Der Zulauf ist beträchtlich, der Beifall groß. Denn im Zirkus Tixier ist Platz für jedes Ressentiment und für alle, die der große General jemals geärgert hat: für die algerienvertriebenen „Schwarzfüße“ (pieds-noirs), für Faschisten und Marschallisten, für Poujadisten

und Monarchisten — eine Sektierergewelt von fast tausend Grüppchen. Sie alle eint der Gedanke, Rache an de Gaulle zu nehmen.

Tixier, Jahrgang 1907, laut Wahlreklame „der Mann des 20. Jahrhunderts“, gehörte vor dem Krieg dem faschistischen Bund „Camelots du roi“ an und avancierte nach dem Kriege zum bekanntesten französischen Verteidiger in politischen Strafsachen. Seine Prozesse wurden jedesmal zu Anklagen gegen das System: zum Beispiel 1962, als er den für 2477 OAS-Attentate mit 415 Toten und 1145 Verwundeten verantwortlichen General Raoul Salan verteidigte.

Für die Präsidentschaftswahl macht sich der Anwalt der heimatlosen Rechten Hoffnungen vor allem auf die (nach der KP) zweitstärkste politische Gemeinschaft Frankreichs: die Algerien-Franzosen. Diese 1,2 Millionen „pieds-



Tixier-Wahlplakat
Mit Schwarzfüßen zum Sieg?

noirs“ haben sich zwar ins Wirtschaftsleben des Mutterlandes eingegliedert, aber den Verlust ihrer Heimat keineswegs verschmerzt.

130 Organisationen pflegen das Heimweh nach Algerien und beschicken Tixiers Wahlkongresse mit geschlossenen Kontingenten: Wo der sozialistische Präsidentschaftskandidat Defferre (SPIEGEL 25/1965) 1000 Hörer zusammenbringt, hat Tixier 8000. Le Coroller, ein Häuptling der „pieds-noirs“, trat in Tixiers Planungsstab ein.

Stimmenreserven sieht Tixier auch in Frankreichs Marschallisten — den Anhängern Marschall Pétains, der 1916 das Vaterland vor Verdun rettete, 1945 aber von de Gaulle wegen Kollaboration mit den Deutschen lebenslang auf Festung geschickt wurde.

Um den Mythos Pétains sammeln sich vor allem Exnazis und Kollaborateure, ehemalige Rußland-Kämpfer aus der „Légion des volontaires français“ und der SS-Brigade „Charlemagne“; schließlich aber auch Weltkrieg-Poilus, die ihrem Marschall ergeben sind.

Tixier, ehemals Propaganda-Funktionär in Pétains Regierung zu Vichy, machte sich den Marschall-Kult zunutze. In seinen Wahlreden verlangte er zum

Beispiel die Überführung der Asche Pétains nach Verdun.

Zustrom erwartet der Rechtsanwalt auch von den Anhängern eines anderen Märtyrers, des Oberstleutnants Bastien-Thierry. Der Offizier hatte 1962 de Gaulles Citroën bei Petit-Clamart mit MP-Kugeln durchlöchert und war dafür nach einem Prozeß, in dem ihn Tixier-Vignancour verteidigte, erschossen worden. Er ist der Heros aller alten Kämpfer der OAS, die den vergangenen Zeiten nachtrauern und de Gaulle nicht verziehen haben, daß er die Armee aus dem politischen Spiel verbannte.

Auch in die Gemeinde des Steuerstreik-Inszenators Pierre Poujade, der vor zehn Jahren eine Sturmflut mißvergnügter Kleinkaufleute auf die IV. Republik losließ, drang der politisierende Maître ein. Die Poujadisten Le Pen und Dides schlossen sich Tixiers Stab an, und Chef Poujade — obschon ein persönlicher Gegner Tixiers — diente dem Kandidaten mit dem Slogan, die Entscheidung zwischen de Gaulle und Defferre sei wie eine „Wahl zwischen Pest und Cholera“.

Ferner zählt Tixier auf zwei Außen-seiter-Grüppchen: auf Frankreichs Monarchisten, die sich über die gaullistischen Neigungen ihres Chefs, des Grafen von Paris, ärgern, und auf die antidemokratische, schon 1898 gegründete „Action Française“ des bärtigen NS-Kollaborateurs Charles Maurras.

Schließlich marschieren die in der winzigen „Parti prolétarien national-socialiste“ organisierten Nazis des 27-jährigen Vegetariers Monet (ein Großneffe des impressionistischen Malers) auf der extremen Rechten des Rechts-extremen mit.

Ihre Verbindungsfrau zum Weltnazitum ist Françoise Dior, Nichte des Modekönigs und Ex-Gattin des britischen NS-Führers Colin Jordan. Symbole der Partei sind das mit dem Hakenkreuz verwandte Keltenkreuz oder das Hakenkreuz deutscher Art.

Diese Völkischen informieren sich in Wochenblättern wie „Minute“ (150 000 Exemplare), „Rivarol“, „Aspects de la France“ und „La Nation française“ (je rund 50 000 Exemplare) über die neuesten Schandtaten des Generals de Gaulle und die alten Heldentaten der französischen Freiwilligen in der ehemaligen deutschen Wehrmacht. Sie lesen, daß — entgegen den „Lügen“ im Auschwitz-Prozeß — die Juden in den KZ des Dritten Reiches nicht durch Gas, sondern durch Hunger starben, weil ihnen Mithäftlinge die Rationen vorenthielten.

Mit diesem Wahlvolk hinter sich denkt Tixier-Vignancour, der seinen Wahlkampf mit Beiträgen geheimgehaltener Spender und mit dem Verkauf von Schallplatten vom Salan-Prozeß finanziert, etwa 15 Prozent der Stimmen (3,4 von 23 Millionen) einzusammeln.

Das brächte den Anwalt zwar nicht auf den Präsidentensessel, würde aber ausreichen, de Gaulle genauso viele Wähler wegzunehmen, wie der General braucht, um gegen je einen sozialistischen und kommunistischen Kandidaten die für den ersten Wahlgang obligatorische absolute Mehrheit zu erreichen.

Und den empfindsamen General auf diese Weise zwei Wochen nach dem ersten Wahlgang zur Stichwahl zu zwingen, hält der Anwalt allein schon der Mühe seines Wahlkampfes für wert.